

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/5547 –**

Den MINUSMA-Einsatz der Bundeswehr rasch aber geordnet in diesem Jahr beenden – Unser zukünftiges Engagement im Sahel mit einer Gesamtstrategie auf eine solide und tragfähige Grundlage stellen

A. Problem

Angesichts der Verschlechterung der politischen Rahmenbedingungen und besonders der Sicherheitslage ist eine Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Mission der Vereinten Nationen MINUSMA in Mali über das Jahr 2023 hinaus aus Sicht der Antragsteller nicht zu rechtfertigen. Die ambivalente Politik der amtierenden Militärregierung des Landes, die das Engagement der internationalen Gemeinschaft bewusst behindere und zugleich die Zusammenarbeit mit Russland ausbaue, habe zum angekündigten bzw. vollzogenen Rückzug Frankreichs und anderer wichtiger Truppensteller geführt und damit die Chancen, mit MINUSMA zur politischen Stabilisierung des Landes und zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation seiner Bevölkerung beizutragen, nachhaltig beeinträchtigt. Der fortgesetzte Einsatz der Bundeswehr bis Mai 2024 gefährde unter diesen Umständen die Soldatinnen und Soldaten, ohne dass dieser Gefahr ein angemessener politischer Gegenwert gegenüberstünde.

Angesichts der strategischen Bedeutung der Sahel-Region muss sich Deutschland nach Auffassung der Antragsteller dort auch künftig diplomatisch, entwicklungspolitisch und gegebenenfalls auch militärisch engagieren. Dies müsse aber im Rahmen einer ressortübergreifenden, umfassenden und europäisch abgestimmten Strategie gegenüber den Sahel-Staaten und Westafrika geschehen, die vorzulegen die Bundesregierung bisher versäumt habe.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/5547 abzulehnen.

Berlin, den 1. März 2023

Der Auswärtige Ausschuss

Michael Roth
Vorsitzender

Dr. Karamba Diaby
Berichterstatter

Markus Koob
Berichterstatter

Merle Spellerberg
Berichterstatterin

Ulrich Lechte
Berichterstatter

Joachim Wundrak
Berichterstatter

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Karamba Diaby, Markus Koob, Merle Spellerberg, Ulrich Lechte, Joachim Wundrak und Sevim Dağdelen

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/5547** in seiner 86. Sitzung am 10. Februar 2023 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Inneres und Heimat, dem Rechtsausschuss, dem Finanzausschuss, dem Wirtschaftsausschuss, dem Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Angesichts der Verschlechterung der politischen Rahmenbedingungen und besonders der Sicherheitslage ist eine Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Mission der Vereinten Nationen MINUSMA in Mali über das Jahr 2023 hinaus aus Sicht der Antragsteller nicht zu rechtfertigen. Die ambivalente Politik der amtierenden Militärregierung des Landes, die das Engagement der internationalen Gemeinschaft bewusst behindere und zugleich die Zusammenarbeit mit Russland ausbaue, habe zum angekündigten bzw. vollzogenen Rückzug Frankreichs und anderer wichtiger Truppensteller geführt und damit die Chancen, mit MINUSMA zur politischen Stabilisierung des Landes und zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation seiner Bevölkerung beizutragen, nachhaltig beeinträchtigt. Der fortgesetzte Einsatz der Bundeswehr bis Mai 2024 gefährde unter diesen Umständen die Soldatinnen und Soldaten, ohne dass dieser Gefahr ein angemessener politischer Gegenwert gegenüberstünde.

Angesichts der strategischen Bedeutung der Sahel-Region muss sich Deutschland nach Auffassung der Antragsteller dort auch künftig diplomatisch, entwicklungspolitisch und gegebenenfalls auch militärisch engagieren. Dies müsse aber im Rahmen einer ressortübergreifenden, umfassenden und europäisch abgestimmten Strategie gegenüber den Sahel-Staaten und Westafrika geschehen, die vorzulegen die Bundesregierung bisher versäumt habe.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat die Vorlage auf Drucksache 20/5547 in seiner 31. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/5547 in seiner 42. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/5547 in seiner 43. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/5547 in seiner 36. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlage auf Drucksache 20/5547 in seiner 31. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/5547 in seiner 33. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 20/5547 in seiner 32. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/5547 in seiner 29. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 20/5547 in seiner 31. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat über den Antrag auf Drucksache 20/5547 in seiner 33. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

Berlin, den 1. März 2023

Dr. Karamba Diaby
Berichtersteller

Markus Koob
Berichtersteller

Merle Spellerberg
Berichtersterlin

Ulrich Lechte
Berichtersteller

Joachim Wundrak
Berichtersteller

Sevim Dağdelen
Berichtersterlin

